

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der G. Reich'schen Buchdruckerei (Inhaber: D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich: D. Strom in Neuenbürg.

Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg
M. 1.50. Durch die Post
im Orts- und Oberamts-
bezirk, sowie im sonst.
inl. Verk. M. 1.80 m. Post-
zuschlag. Briefe freibl.
Preis einer Nummer
10 Pf.

In Fällen ddd. Gewalt
steht kein Anspruch auf
Ersetzung der Zeitung od.
auf Rückerstattung des
Bezugsspreises.
Bestellungen nehmen alle
Buchhändler, sowie Agen-
zen u. Ausstößgerinnen
überall entgegen.

Verantwortl. Nr. 4.
H. H. H. H. H.
G. E. G. G. G.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile
über deren Raum 25 Pf.
Wekamer-Zeile 30 Pf.
Kollektiv-Anzeigen 100
Proz. Zuschlag. Offerte
und Aufnahmestellung
20 Pf. Bei größeren
Aufträgen Rabatt, der
im Falle des Nachver-
fahrens hinfallig wird,
ebenso wenn Zahlung
nicht innerhalb 8 Tagen
nach Rechnungsdatum
erfolgt. Bei Verände-
rungen treten sofort alle
früher eingetragenen
außer Kraft.
Rechtsnachfolger für beide
Teile: Neuenbürg.
Für tel. Auftr. wird keine
Gewähr übernommen.

Deutschland

Stuttgart, 2. Aug. Am letzten Samstag trat der Landes-
ausschuss des Christlich-sozialen Volksdienstes für Württem-
berg zusammen, um die Aufstellung der Spitzenkandidaten für
die Reichstagswahl vorzunehmen. In völliger Einmütigkeit
wurde der Vorschlag des Landesvorstandes angenommen und als
Spitzenkandidat für den 31. Reichstagswahlkreis der Landes-
vorstand des Christlich-sozialen Volksdienstes in Württem-
berg, Schriftleiter Simplicius-Kortel, benannt. Gemeindeg-
leiter Edige-Stuttgart gab bekannt, daß der württembergische
Spitzenkandidat zugleich auch von dem badischen Christlichen
Volksdienst als Spitzenkandidat für den 32. Reichstagswahl-
kreis aufgestellt worden ist. Die Aufstellung der übrigen
Kandidaten wurde dem Landesauschuss überlassen.

Berlin, 2. Aug. Wie das Berliner Tageblatt aus Krei-
sen der Deutschen Staatspartei erfährt, wird die Staatspartei
im Vorbereitung der Wahlreform und der Reichsreform An-
träge einlegen, die dem Reichstag formulierte Gesetzentwürfe
vorlegen sollen. Sollte auf parlamentarischen Wege keine
Einigung über beide Fragen zustandekommen, so wird die
Deutsche Staatspartei sofort die notwendigen Schritte zur
Verwirklichung des Volksbegehrens und des Volksentscheids
unterschreiben.

Der Christliche Volksdienst und die Reichstagswahlen.

Stuttgart, 2. Aug. Der Christliche Volksdienst schreibt zu
den Reichstagswahlen: Anstatt aktionsfähige Stoßtrupps zu
wählen, die in sonderbarstimmigen Zusammengehören den Angriff
gegen die anstehende Welle der Reinde des Staates entschlo-
ssen wegen, fängt man die Dänen der Rekruten und der
Schwänge in den Lazaretten der alten geschlagenen Truppe
auf und glaubt damit die Wale für neue Operationen geschaffen
zu haben. Was uns als das Gebot der Stunde erscheint, das
ist nicht die richtige Sammelart. Diese zu schaffen, dazu
ist die Zeit vor den Wahlen zu kurz. Nötig ist vielmehr die
Sammlung lebendiger Gruppen um starke Mittelpunkte welt-
anschaulicher und sündlicher Natur. Diese Gruppen aber
müssen weilt sein von dem festen Willen, in der praktischen
Arbeit, vor allem in der Lösung der staatspolitisch verdräng-
ten Aufgabe der Sanierung der Reichsfinanzen und damit
der Rettung des Staates, alles Trennende unter allen Um-
ständen zurückzulassen, auch wenn es gilt, schwere Opfer zu
bringen.

Die bayerische Schlichter durch Notverordnung eingeführt.

München, 2. Aug. Vom amtlichen Mitteilung hat das
Gesamtmünisterium des Freistaates Bayern auf Grund des
Paragrafen 64 der Verfassungsurkunde nunmehr die Ver-
ordnung über die Einführung der Schlichter erlassen. Die
Verordnung trägt die Unterschrift des Ministerpräsidenten
Dr. Held, sowie der Staatsminister Würtner, Stängel, Golden-
berger, Schmele. Die Verordnung tritt vom 15. August an
in Kraft. Das Finanzministerium wird im Benehmen mit den
beteiligten Staatsministerien die zum Vollzug der Verordnung
erforderlichen Vorschriften erlassen.

Zuwachs zur Staatspartei.

Frankfurt a. M., 2. Aug. Eine sehr hart besuchte Mit-
gliederversammlung des demokratischen Vereins Frankfurt a.
M. hat heute abend nach einer eingehenden Ausdrücke eine
Entscheidung angenommen, in der die Gründung der Deut-
schen Staatspartei in dem Vertrauen begründet wird, daß die
neu gegründete Partei die demokratischen Traditionen und
Idee mit der frischen Kraft einer jungen Generation verknüp-
fen werde. Sie erklärte sich bereit, in der Staatspartei auf-
zugehen und seine einen Aktionsausschuss ein, um mit allen
Kräften zusammenzuwirken, die die Erneuerung des republi-
kanischen Staates ernstlich erstreben.

Stresemanns Sammlungspläne.

In der Admonischen Zeitung äußert sich Wolfgang Stre-
semann, der Sohn Dr. Gustav Stresemanns, in einem Aufsatz
unter der Überschrift "Volkspartei und Staatspartei" über
den wahrscheinlichen Standpunkt, den sein Vater, wenn er noch
lebte, dem Gedanken einer neuen großen Mittelpartei gegen-
über einnehmen würde. "Mein Vater hat", so schreibt Dr.
Wolfgang Stresemann, die Schaffung einer deutschen Mittel-
partei seit langen Jahren begehrt. Er hat die Verhältnisse, in
die das deutsche liberale Bürgertum immer mehr geriet,
schon frühzeitig bemerkt. Aber Gebote der Taktik ließen es
ihm geraten erscheinen, mit der Ergreifung einer Initiative
bis nach der Annahme des neuen Planes zu warten. Koch,
Wahmann, Stresemann, drei von Interessentkreisen unabhängige
Männer, sollten die Gründer sein einer Partei, die an das
Staatsvolk appellierte. Mein Vater äußerte lebhaftes Inter-
esse an es gelingen würde, die ganze Deutsche Volkspartei für die
neue Partei zu gewinnen, aber es hand für ihn außer Zweifel,
daß die maßgebenden Kräfte der Deutschen Volkspartei mit
Koch, Scholz und Curtius sich bei der neuen Partei zusamen-
finden würden. Mit Recht ist betont worden, daß die Staats-
partei, so wie sie heute ist, nicht dem Plan meines Vaters ent-
spricht. Mit Recht ist aber auch gesagt worden, daß ihr Pro-
gramm das meines Vaters ist. Nicht nur deswegen, sondern
um der Idee willen, sollten sich die Deutsche Volkspartei und
die Staatspartei nähern und sich zu gemeinsamem Kampf im
Namen einer Organisation zusammenschließen."

Wahmann begründet seine Politik.

Berlin, 2. Aug. Im "Jungdeutschen" erläutert Arthur
Wahmann die Motive, aus denen heraus er an die Mitbegrün-
dung der Staatspartei gegangen sei. Es hätte für die von ihm
geführte Bewegung nur 3 Möglichkeiten gegeben: Entweder
bei der Unfertigkeit der Organisation in den Wahlkampf nicht
anzugreifen, oder dessen ungeachtet allein in den Wahlkampf

zu gehen, oder schließlich sich mit anderen Gruppen zusamen-
zutun. Bei der Entscheidung für diesen dritten Weg hat sich
Wahmann, wie er dann weiter darlegt, vorschließlich von Ver-
wägungen der Zweckmäßigkeit leiten lassen, und zwar nach-
dem er die breiter angelegte Sammlungsaktion von Dr. Scholz
als aussichtslos erkannt hätte. Den Ausschlag habe schließlich
bei ihm die Ueberzeugung gegeben, daß in der Staatspartei
am ehesten der "moderatische Einbruch der jungen Genera-
tion in das Parlament" gewährleistet sei.

Wünschiger Stand der Verhandlungen zwischen den 4 Parteien der Mitte.

Berlin, 1. Aug. Der Verlauf der Verhandlungen, die
heute abend im Reichstag zwischen den 4 Parteien der Mitte
stattgefunden haben, die nach dem Ausscheiden der Staatspartei
für die Sammlungsbestrebungen übrig geblieben sind, wird
in den beteiligten Kreisen außerordentlich optimistisch beurteilt.
Das kommt in der Protokollnotiz zum Ausdruck, die die Teil-
nehmer unterzeichnet haben. Man hat Dispositionen für den
gemeinsamen Wahlkampf beraten und sich im Prinzip soweit
geeinigt, daß ein Koalitionsausschuss gebildet werden konnte.
Allerdings werden die Verhandlungen erst etwa am 8. oder 9.
August abgeschlossen werden, da eine Reihe von Persönlich-
keiten, denen der Auftrag noch vorgelegt werden muß, kurz vor
dem Versammlungstag zurück erwartet werden. Das Kernstück des
Auftrags wird der Hinweis auf das spätere fraktionelle Zu-
sammengeden der beteiligten Parteien sein. Man vertritt
sich davon auch eine starke Wirkung auf die Wähler, für die es
bei der allgemeinen Parteierbitterung im bürgerlichen Lager
schwer ist, sich für die eine oder die andere Partei zu ent-
scheiden. Die optimistische Beurteilung hört man nicht nur
aus den Kreisen der Deutschen Volkspartei, sondern auch all-
gemein bei den übrigen Parteien, die an den Verhandlungen
beteiligt sind.

Vorkauf 50 Millionen für das Arbeitsbeschaffungsprogramm.

Berlin, 2. Aug. Die neugegründete Deutsche Gesellschaft
für öffentliche Arbeiten (D.G.A.), die die Finanzierung des Ar-
beitsbeschaffungsprogramms durchzuführen soll, wird ihre Tätig-
keit in kurzer Zeit aufnehmen. Sie wird sich zunächst mit
einem Programm von Rohstandsarbeiten befassen, für das
sie vorläufig etwa 50 Millionen RM. aufbringen muß. Die
Vorbereitungen bei den Landesregierungen und den Landes-
arbeitsämtern sind bereits im Gang.

Wie Preußen sparen will.

Berlin, 2. Aug. Aus dem Umwege über die Hochzeitschrei-
ten erfährt man davon, daß die preussische Regierung sich mit
der Absicht trägt, ihren Sparplan zunächst auf dem Gebiet
der Schule zu betätigen, indem im Laufe der nächsten drei
Jahre etwa 10 000 Lehrstellen abgebaut werden. Ähnlich
werden diese Pläne angegeben, mit der Begründung, daß die
Schülerzahl der Volksschulen von 6,5 auf 4,3 Millionen zurück-
gegangen sei, der nur eine Verringerung der Lehrer von
117 000 auf 110 000 gegenüber stehe. In den höheren Schulen
soll dadurch gespart werden, daß die Schulzeit, nachdem die
Grundschule von 3 auf 4 Jahre erhöht ist, von 9 auf 8 Jahre
etwa durch Zusammenlegung der beiden Primen vertieft
wird. In beiden Fällen wird aber an einen Abbau von Lehr-
ern angeblich nicht gedacht, sondern an eine allmähliche Ein-
ziehung der Stellen. Es handelt sich aber dabei vornehmlich
nur um Pläne des Finanzministers, zu denen sich der Unter-
richtsminister und auch die Regierung selbst noch nicht ge-
äußert haben. Was zur Berücksichtigung ist also noch ein weiter
Schritt, der auch sehr überlegt werden muß. Wir haben in
den letzten 10 Jahren auf dem Gebiet der Schule so stark
beruherperimentiert, daß jetzt eigentlich einmal eine Zeit
der Ruhe eintreten müßte, wenn nicht der Zweck der Schule,
daß die Kinder etwas lernen sollen, ernsthaft darunter leiden
soll.

Ausland

London, 2. Aug. Die Bilanz der Regierung MacDonald
stellt sich außerordentlich schwach dar, weil sie bisher in der
Bekämpfung der Arbeitslosigkeit keinerlei Erfolg zu verzeich-
nen hat.

Yvon soll bei einem Luftangriff auswandern.

In Lyon fand am Donnerstag eine Besprechung der füh-
renden Vertreter der Militär- und Zivilbehörden statt, um
über das Ergebnis der großen Luftmanöver zu beraten. Dier-
sel wurde einstimmig festgestellt, daß die Verteidigung der
Stadt so, wie sie im Augenblick organisiert ist, vollkommen
unangenehm sei, um sie wirksam gegen einen Luftangriff zu
schützen. Es sei unmöglich, die gesamte Bevölkerung mit Gas-
masken und Kleidern gegen Gasangriffe zu schützen. Deshalb
müßten schon jetzt Vorkehrungen getroffen werden, um den
größten Teil der Einwohner im Falle eines Luftangriffes aus
der Stadt zu schaffen.

Getreidepeicher in Brand gesetzt.

Moskau, 2. Aug. Im Bezirk Teref im Kaukasus haben
Bauern gegen die zwangsweise Einziehung ihres Getreides
durch die staatlichen Organisationen sich zur Wehr gesetzt.
Eine Truppe von 14 Bauern bemächtigte sich der Getreide-
peicher der Kollektivwirtschaft, in denen das ihnen weggenom-
mene Getreide lagerte. Sie setzten die Speicher in Brand.
Die Speicher wurden vollkommen eingeschmelt. 8 Bauern
wurden verhaftet. Gegen die übrigen wurde Haftbefehl er-
lassen. Ueber 10 Bauern wurde wegen revolutionärer Um-
triebe die Todesstrafe verhängt.

Tschangtscha und Dantsau.

London, 2. Aug. Die kritische Lage in China hat sich
in den letzten Tagen ungemein zugehört. Die letzten Mel-

dungen berichten von Neuern in Tschangtscha, Pank in Dant-
sau und Barilsaden in Schanghai. Fremde Kriegsschiffe eilen
an die gefährdeten Stellen und die Ausländer treten wieder,
wie schon so oft im letzten Jahrzehnt, die Flucht an. Die Man-
chingregierung gibt bekannt, daß ihre Truppen Tschangtscha
noch heftiger Kanonade wieder eingenommen hätten. Die
kommunistischen Brigaden haben sich offenbar, nachdem der
Zweck, die Wünderung, erreicht war, ohne bedeutende Kämpfe
zurückgezogen. Eine Reihe von weiteren Städten in den
Yanatsch-Provinzen ist jetzt bedroht und überall bereiten sich
die Ausländer vor, ihre Wohnsitze zu räumen. Dantsau selbst,
die Hauptstadt des Yangtsch-Tales, ist sehr bedroht und der
Bank nahe. Tausende von Chinesen suchen in den auslän-
dischen Konzeptionen Zuflucht und überall werden Maßnahmen
für die Verteidigung getroffen. Die Regierung hat zwei Divi-
sionen zur Verstärkung der Garnison nach Dantsau entsandt.
Die Mebellen werden in wenigen Tagen dort erwartet und
ausländische Kriegsschiffe liegen bereits im Hafen, um im Not-
fall ausländische Ausländer in Sicherheit zu bringen. Aus
Tschangtscha wird noch bekannt, daß etwa 100 Chinesen ver-
haftet worden sind, für die hohes Lösegeld verlangt wird. Eine
Reihe von ausländischen Geschäftshäusern ist völlig nieder-
gebrannt und fast alle Wohnhäuser der Ausländer sind gründ-
lich ausgelüftet worden. 60 Offiziere und Mannschaften der
Garnison, die sich in Wohnhäusern verborgen hatten, wurden
berausgeschleppt und hingerichtet. Auch in Schanghai fürchtet
man die Rückwirkungen der Ereignisse in den Yangtsch-Provin-
zen. Barilsaden hat in der Chinesenstadt angeheilt worden.
Die Polizei hat bedeutende Verstärkungen erhalten. Es werden
in den nächsten Tagen kommunistische Demonstrationen er-
wartet, die möglicherweise zu schweren Unruhen führen
dürften.

Aus Stadt und Bezirk

Neuenbürg, 11. Juli. Die Bezirks-Ortsvorsteher-
Vereinigung und der Bezirkskörperschafts-
Beamteneverein Neuenbürg veranlaßten gestern
ihre Mitglieder in der Dochnühle in Ottenhausen zur Feier
des 25jährigen Amtsjubiläums des Schultheißers Kehler in
Ottenhausen. Der Vorstand, Schultheiß Dirle Gasmann,
beglückte die zahlreich erschienenen Kollegen und besonders den
Oberamtsvorstand, Herrn Landrat Lempp. Er begrüßte die
den Jubilar, der seine ganze Kraft und sein ganzes Können in
den Dienst seiner Gemeinde gestellt habe und was auf die
besonderen größeren Arbeiten wie Wasserleitungs-, Schulhaus,
Straßen usw. Bauten hin, die augenscheinlich Zeugnis geben
von der Tätigkeit des Jubilars. Leider habe der Jubilar durch
die Kriegs- und Nachkriegszeit einen Teil seiner Kraft ein-
gebracht, doch hoffe und wünsche der Verein, daß er noch lange
in guter Gesundheit seiner Familie erhalten bleibe und noch
etliche Jahre für seine Gemeinde und für den Bezirk tätig
sein möge. Für die rege Teilnahme an den Veranstaltungen
des Vereins und als äußeres Zeichen seiner Verehrung
überreichte er dem Jubilar namens des Vereins ein praktisches
Geschenk. Sodann hieß er die beiden neuen Ortsvorsteher von
Schnaun und Kreyss, die ebenfalls ameiend waren, herzlich
willkommen. Landrat Lempp, der seine Glückwünsche schon
schriftlich zum Ausdruck gebracht hatte, verabschiedete dem Jubilar,
daß die Aufsichtsbehörde an seinem Jubiläum herzlich Anteil
nehme. In längeren Ausführungen hob er die Verdienste des
Jubilars in seiner Gemeinde und im Bezirk hervor, wies auf
die schwere Kriegs- und Inflationszeit mit den großen Auf-
gaben hin und betonte, daß reichlich Anlaß vorliege, den Tag
zu feiern, da der Jubilar sein bestes Können und Wissen in
den Dienst der Gemeinde gestellt habe. Er dürfe freudig und
Stolz auf diese 25 Jahre zurückblicken, wenn auch die Freude
durch das Fehlen von gewissen gemeinbildlichen Organen etwas
getrübt worden sei. Die Versammlung und auch die Aufsichts-
behörde seien der Ueberszeugung, daß der Jubilar ein zu-
verlässiger und tüchtiger Beamter und Führer der Geschäfte
seiner Gemeinde sei und er schloß sich den Wünschen des
Vereins für das fernere Wohlergehen und einer weiteren er-
folgreichen Tätigkeit im öffentlichen Dienst gerne an. Er wies
noch auf die allgemeinen Verhältnisse unseres Vaterlandes hin
und erhob sein Glas mit dem Wunsch auf ein Zusammen-
gehen und Zusammenarbeiten zum Wohle der Allgemeinheit.
Oberamtsvorsteher Kähler, als Vorstand des Landes, Bezirks-
vereins, dankte dem Jubilar für seine erfolgreiche Tätigkeit für
die Landwirtschaft, insbesondere im Genossenschaftswesen und
gab dem Wunsch Ausdruck, daß er auch künftig seine Kraft
diesem nicht immer angenehmen Dienst zur Verfügung stellen
möge. Schultheiß Kehler dankte sodann für die heutige
Ehrung durch die Kollegen und besonders auch der Aufsichts-
behörde, deren Unterstützung ganz wesentlich zum Gelingen
vieler Aufgaben beigetragen habe. Es gelte nicht rückwärts-
sondern vorwärts und aufwärts zu schauen, in diesem Sinne
habe er sein Amt geführt. Gerne habe er auch an den Kollegen-
versammlungen teilgenommen, die zur Stärkung im Beruf
beigetragen haben. Mit dem Wunsch, daß der Verein auch
fernerhin blühen und gedeihen und zu Ruh und Frommen der
Gemeinden und des Bezirks wirken möge, erhob er sein Glas.
Die Feier nahm einen harmonischen Verlauf.

Wetterbericht.

Der Hochdruck über dem Festland
hat sich abgewandert. Ueber Island liegt eine starke Depression,
die aber noch östlich wandern dürfte. Für Dienstag und Mitt-
woch ist zwar zeitweilig besseres, aber nicht befriedigendes, auch
zu vereinzelt Gewitterstürmen gereinigtes Wetter zu er-
warten.

r. Herrenab, 4. Aug. Unser Mitbürger, Herr Rechnungs-
rat A. D. Fried. Krause, Altveteran, feiert heute in gelibiger
und körperlicher Frische seinen 81. Geburtstag. Wir gratu-
lieren!

atterien
hrzeuge.
KÖNIG
rg.
rt, Neuenbürg
icheln.
feld.
Beize.
Befehler.
ben-Salt
kbereitung
ehl
Weinhandlung
(Würt.)
bel!
chte, kauft man
ndlung
rgheim,
Telefon 891.
Herze,
ele Jungtiere,
e hochwertigen
rain-Herze,
Jahren durch-
Anfer Wurl-
30: 6 Jung-
Herz-Jüchter
ingen.
er, Rohleder,
ber.
neuenbürg a.E.
ohlen.
gebrannten
ffee
emann
Tel. 191.
arten
Caroli-Karten
upficht
e Buchhdlg.

Harbour Grace (Neufundland), 3. Aug. Das Flugzeug *Clara* von New York, das bei seiner Fluge um die Welt hier eine Zwischenlandung vorgenommen hatte, ist beim Versuch, zum Weiterfluge zu starten, zu Bruch gegangen. Die Piloten John Henry Mears und Henry Hoarn sind unversehrt. Das Flugzeug stürzte in der Dunkelheit bei künstlicher Beleuchtung. Infolge Bruchs des Fahrgeräts geriet der Apparat in eine Baumgruppe, wobei er in Trümmer ging.

Madrid, 3. Aug. Nach einer Meldung aus Mexiko in Spanish-Morocco ereignete sich in der Nähe von Tensaman eine furchtbare Katastrophe, die 15 Frauen und einen Mann das Leben kostete. Etwa 30 eingeborene Männer und Frauen waren damit beschäftigt, aus einer Grube Tonerde zu fördern, als sich plötzlich ein Erdstöß ereignete, der die ganze Kolonne unter sich begrub. Ein Heer von Hilfsarbeitern, die aus den benachbarten Dörfern herbeigeeilt waren, arbeiteten den ganzen Tag an der Bergung der Verunglückten. Es ist bisher gelungen, 16 Tote und 10 mehr oder weniger schwer Verletzte zu bergen.

Die Deutsche Volkspartei bleibt selbständig.

Stuttgart, 3. Aug. Auf der außerordentlichen Vertreterversammlung, die am Sonntag den 1. August im Hindenburgpark in Stuttgart tagte, wurde folgende Entscheidung gefasst: Die Deutsche Volkspartei ist entschlossen, ihre volle Selbstständigkeit zu wahren. Sie ist beabsichtigt, auch in Württemberg alle hinter der gegenwärtigen Reichsregierung stehenden Kräfte für den Wahlkampf zu sammeln. Bittet ihr dies nicht, so behält sie sich vor, im Wahlkampf sich mit einzelnen Parteien zu verbinden. Sie fordert ihre Parteifreunde und alle, die den Staat und seine Autorität gegen die staatsfeindlichen Elemente verteidigen wollen, auf, sie in diesem Kampf mit allen Kräften zu unterstützen.

Austritt aus der Deutschen Volkspartei in Württemberg.

Stuttgart, 1. Aug. Der am Sonntag hier abgehaltene Vertreter der Deutschen Volkspartei in Württemberg beschloß mit 11 gegen 16 Stimmen, den langjährigen Landtagsabgeordneten und Führer der Partei in Württemberg, Vides, als Kandidat für die kommende Reichstagswahl nicht wieder aufzustellen. An seiner Stelle wurde Reichstagsabgeordneter Keimath als Reichstagskandidat gewählt. — Vides hat nach Bekanntwerden des Beschlusses an den Landesvorsitzenden der Deutschen Volkspartei in Württemberg, Staatsrat Rath, folgenden Schreiben gerichtet: „Die Vertreterversammlung der Deutschen Volkspartei Württembergs hat heute mit einer Mehrheit von 5 Stimmen ohne irgendwelche Begründung sich gegen mich entschieden und — ein in der Geschichte der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei bisher einzig dastehendes Fall — meinen bisherigen Fraktionskollegen Keimath, angeblich mit dessen Zustimmung als Spitzenkandidat der Reichstagsliste aufgestellt. Nach Kenntnis der Vorgänge, die zu diesem Ergebnis geführt haben, ist es mir aus Gründen der Selbstachtung unmöglich, länger der Deutschen Volkspartei anzugehören. Ich sehe mich deshalb zu meinem Bedauern gezwungen, hiermit meinen Austritt zu erklären und damit aus einer Partei auszuscheiden, der ich ein Menschenalter jederzeit opferbereit und treu zu dienen bemüht war.“ Vides gehörte über 30 Jahre der Nationalliberalen Partei bzw. der Deutschen Volkspartei Württembergs an. Er ist einer von den Gründern der Volkspartei. Der organisatorische Aufbau war in der Hauptsache sein Werk. Vides galt bisher als eigentlicher Repräsentant in Württemberg. Mitglied des Reichstags war er seit 1924.

Die badischen Demokraten für die Staatspartei.

Karlsruhe, 3. Aug. Der Landesvorsitz der demokratischen Partei in Baden nahm heute in Anwesenheit des Reichsfinanzministers Dr. Dietrich Stellung zur Deutschen Staatspartei. Nach einer Ansprache, in der er als Gast anwesende württembergische Wirtschaftsmänner Dr. Waier den Wunsch zum Ausdruck brachte, daß Dietrich die Führung der Staatspartei übernehmen möchte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Der Landesvorsitz der deutsch-demokratischen Partei in Baden begrüßt die Gründung der Deutschen Staatspartei und stellt für den Wahlkampf der Staatspartei seine Parteiorganisation zur Verfügung. Er sieht in der Gründung der Staatspartei einen Beginn der durch die Staatspartei weiterhin fortzuführenden Sammlung gesinnungsverwandter Kräfte zur Erreichung der politischen Macht auf dem Boden des deutschen republikanischen Staates. Auch die badischen Jungdemokraten erklärten sich zur Mitarbeit in der Staatspartei bereit. Der Landesvorsitz nahm dann einstimmig den Antrag an, Reichsfinanzminister Dr. Dietrich als Spitzenkandidaten der Staatspartei Badens zu empfehlen. Dietrich nahm die Kandidatur an und dankte für das Vertrauen.

Koch-Weber zurückgetreten.

Berlin, 2. Aug. Der bisherige Führer der demokratischen Partei, Koch-Weber, hat am Freitagabend einen Brief an den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, gerichtet, worin er auf die Gründungsgeschichte der Staatspartei eingieng und begründet, warum eine vorherige Versprechung mit der Deutschen Volkspartei nicht habe erfolgen können. Die Staatspartei sei aber nach wie vor bereit, andere Parteien gleichberechtigt in Führung und Parlament aufzunehmen. Es handle sich hier jetzt nicht mehr um die Schuldfrage, sondern um Gerechtigkeit. Angesichts der großen Verantwortung sei er bereit, falls die Vereinigung an seiner Person scheitern solle, den Weg frei zu machen und schlage daher vor, daß Koch und Scholz von der Führung zurücktreten sollen, um jüngeren Elementen Platz zu machen. Inzwischen ist Herr Koch bereits aus der Führung der Staatspartei ausgeschieden und auf Urlaub gegangen. Er ist durch den preussischen Finanzminister Günter Wiskoff in der Zeitung ersetzt worden.

Kochs Brief an Scholz.

Berlin, 2. Aug. Der Brief Kochs (Weber) an Dr. Scholz lautet im wesentlichen: In Anmerkungen aus volksparteilichen Kreisen zur Gründung der Deutschen Staatspartei wird nach wie vor die Auffassung vertreten, als hätte dabei die Absicht bestanden, gesinnungsverwandte Kräfte der Deutschen Volkspartei auszuscheiden. Ich darf dazu erklären, daß ich mich nicht an Sie wenden konnte, weil Sie mehrfach zum Ausdruck gebracht haben, daß Sie eine Verbindung nach links nur unter der Voraussetzung des gleichzeitigen Gelingens einer Verbindung nach rechts eingehen wollten und weil Sie bei Ihren eigenen Behauptungen die Volkspartei als Reichsvereinigung ausgeklammert lassen. Ich konnte aber bei der Durchführung meines Entschlusses zur Einigung der dafür bereit Kräfte nicht warten. Die Deutsche Staatspartei und ich persönlich haben alsbald nach der Gründung in mehrfachen Erklärungen betont, daß die Türen der Deutschen Staatspartei weit offen stehen und Mitglieder aus allen gesinnungsverwandten Kreisen gleichberechtigt an der Bestimmung der Parteipolitik und der parlamentarischen Arbeit beteiligt sein werden, wenn sie sich zum Anschluß entschließen. Ich wiederhole dieses Angebot. Damit komme ich zu den sachlichen Gründen meines Schreibens. Das deutsche Volk will angesichts der Schwere der bevorstehenden Entscheidungen die Verbindung gesinnungsverwandter Kräfte zu einer großen Staatspartei. Das zeigt uns das harte und ermutigende Echo, das unsere

Gründung gefunden hat, übrigens auch in Kreisen rechts von der Deutschen Volkspartei und in Kreisen, die durch die partei-offizielle Presse nicht zu Worte kommen. Der Kampf um eine verhandlungsfähige Mehrheit im neuen Reichstag verlangt geschlossenes Vorgehen großer Gruppen. Ich würde es für ein nationalpolitisches Unglück halten, wenn in diesem Wahlkampf unsere Parteien sich in einem feindlichen Kampf gegenüberstehen und vielleicht sogar erdörtet würden, wer am Scheitern der Einigung schuld ist. Weite Kreise der Wählerchaft wollen keine Erörterung der Schuldfrage, sondern eine Einigung. Ich möchte auf das Eindringlichste darauf hinweisen, daß die deutsche Zukunft schwer gefährdet ist, wenn die heute bestehende Gelegenheit zu einer Einigung verpaßt wird. Angesichts dieser großen Verantwortung dürfen persönliche Kränkchen und tatsächliche Meinungsverschiedenheiten keine Rolle spielen. Wenn meine Person im Wege steht, weil ich die Art der Gründung der neuen Partei zu beanstanden habe, so bin ich bereit, den Weg frei zu machen. Ich schlage Ihnen vor, daß zur Ausschaltung aller hemmenden Bindungen und Empfindlichkeiten Sie und ich beide uns von der Führung der neuen Partei zurückziehen und sie anderen Kräften überlassen. Ich mache diesen Vorschlag in der Gewissheit, daß bei dem Nebeneinander der beiden Parteien weder gemeinsame Anstrengungen und ähnliche kleine Mittel auslösen politischen Kampf verhindern, sondern nur ein entschlossener Wille zu völliger Vergeßlichkeit unter weitgehender Deponierung neuer und junger Kräfte. In der Hoffnung, daß Sie angehört werden, was auf dem Spiele steht, die politische Lage nochmals prüfen werden, bin ich Ihr (ges.) Koch-Weber.

Die Deutsche Volkspartei und der Brief Kochs.

In dem Brief Kochs an Scholz nimmt die Nationalliberale Korrespondenz der parteiamtliche Pressedienst der Deutschen Volkspartei in klarer ablehnender Weise Stellung. Der Brief, so bemerkt sie, bedeute den geistigen Zusammenbruch einer politischen Sammlungsfaktion in der besonderen Form, wie sie von Herrn Koch-Weber aufgestellt und durchgeführt worden sei. Der staatspolitische Führer Koch-Weber wisse sich nicht anders mehr zu helfen, als daß er seinen Vorstoß zur Verfügung stelle, nachdem sein Austritt bereits sehr deutlich von den verschiedenen demokratischen und staatsparteilichen Stellen in aller Öffentlichkeit gefordert worden sei. Es sei aber notwendig, daß die Deutsche Volkspartei und vor wenigen Tagen noch der Reichsparlamentar einmütig das uneingeschränkte Vertrauen ausgesprochen hätte. Es liege hier aber auch ein grundsätzlicher Irrtum von Herrn Koch-Weber vor. Ein Führerproblem könne überhaupt nicht dadurch gelöst werden, daß gewisse Schichten die Führung in Anspruch nehmen, sondern nur, wenn die dazu geeignete große Persönlichkeit das selb. Persönliche Wünschenswerte für Dr. Scholz überhaupt niemals in Frage gekommen. Die Korrespondenz verweist hierbei auf die diesbezüglichen Erklärungen von Dr. Scholz auf dem Reichstagsparteitag: „Aber wo ist heute die ganz überragende Persönlichkeit, die einen solchen Einfluß und eine solche politische Bedeutung hat, daß hinter sie die bewährten Führer der politischen Parteien ohne weiteres zurücktreten müßten?“ Sollte etwa Herr Wabraun diese Persönlichkeit sein? Die Deutsche Volkspartei hat jedenfalls keine Veranlassung, sich mit dem Führerproblem zu beschäftigen, weil Herr Koch (Weber) gescheitert ist. Darüber hinaus wird die Deutsche Volkspartei, wenn jetzt die Staatspartei unter anderer Führung zu der Frage der Sammlung und Zusammenfassung eine andere Haltung einnimmt, sicher ohne weiteres bereit sein, mit ihr und den anderen Parteien hierüber zu verhandeln. Zum Schluß wird festgestellt, daß die Deutsche Volkspartei niemals an eine Ausscheidung der Volkspartei gedacht habe, vielmehr habe Dr. Scholz sich unverzüglich damit einverstanden erklärt, daß auch Herr Wabraun an den Verhandlungen teilnimmt, als Herr Koch (Weber) einen solchen Antrag stellte. Endlich wird festgestellt, daß Herr Koch-Weber seinen Brief an Dr. Scholz bereits veröffentlicht habe, noch ehe der Brief den Adressaten erreicht habe und erreichen konnte.

Brand eines holländischen Kreuzers.

Den Haag, 3. Aug. An Bord des größten holländischen Panzerkreuzers „Zemartza“, der in Indien stationiert ist, entbrach, wie der Admiralstab erst jetzt mitteilt, nach einer Unfallsfahrt am 2. Juli ein Brand, der sich mit solcher Schnelligkeit ausbreitete, daß alle mechanischen Vorrichtungen außer Dienst gesetzt wurden. Der Brand, der in einem der Kesselräume auf noch ungelöschter Weise ausbrach, mußte durch die Mannschaft mit Handweimern bekämpft werden. Die Gefahr für Schiff und Mannschaft machte es nötig, die Rettungsboote zu Wasser zu lassen, was nur unter großer Mühe gelang, da die Hilfsmittel unzureichend waren. Nach der Löschung des Feuers war das Schiff unfähig, sich mit eigener Kraft fortzubewegen. Es wurde durch einen Minenleger nach Soerabaya geschleppt. Eine Untersuchung soll feststellen, ob es sich etwa um eine Brandstiftung handelt.

„A. 100“ ungeeignet für große Ueberseezüge.

London, 3. Aug. Kommander Colmore, der den Flug des „A. 100“ von England nach Kanada mitgemacht hat, lehnt es ab, der Fahrt eine übertriebene Bedeutung beizumessen, wie es vielfach geschieht. Alle Offiziere des „A. 100“ seien sich einig, daß das Fahrzeug nicht den Anforderungen für einen angenehmen und regelmäßigen transatlantischen Luftdienst entspreche.

Die Auswanderung aus Württemberg. Die Zahl der württembergischen Ueberseeauswanderer, die die eigentliche Masse der Auswanderer stellen, ist in den letzten Jahren als Folge der Herabsetzung der nordamerikanischen Einwanderungsquote und der wegen schlechter wirtschaftlicher Lage verringerten Aufnahmefähigkeit von Argentinien, Brasilien und Baraguan merklich zurückgegangen; das Jahr 1929 blieb mit einer Auswandererzahl von nur 4120 um 1594 oder fast 28 Prozent gegenüber 1927 zurück. Im Vergleich zu den übrigen deutschen Ländern ist indes die württembergische Ueberseeauswanderung verhältnismäßig hoch. Auf je 100.000 Einwohner trafen hier nämlich 1928: 200 und 1929: 160 Auswanderer, im ganzen Reich aber nur 91 und 77. Eine ähnliche Verteilung hat in Süddeutschland nur Baden aufzuweisen. Innerhalb der verschiedenen Gebiete des Landes tritt der Rückgang mit seiner hohen Auswanderungsquote sehr stark hervor. Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl stellt die Stadt Stuttgart mit 275 auf 100.000 Einwohner nahezu doppelt soviel Ueberseeauswanderer als der Schwarzwald, Jagst- und Donaufreis; aus dem übrigen Neckarreis wanderten im Durchschnitt der Jahre 1928/29 250 auf je 100.000 Einwohner ab.

Sportdecke.

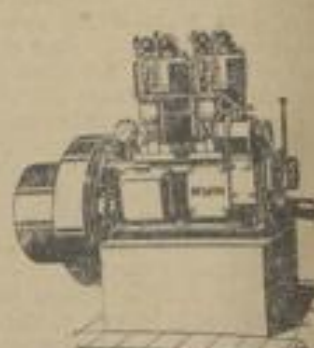
Karlsruhe. Die wichtigsten Ergebnisse des Sonntags sind: Germania Höttingen — F.C. Ketsch 2:5, 1. F.C. Forstheim — Sportfreunde Stuttgart 2:1, Sportfreunde Höttingen — Stuttgarter Kickers 1:5, Ulmer F.C. 94 — F.C. Höttingen 3:3,

Verthe B.Z.G. — Volkstein Kiel 2:6, Schorndorf — Mühlacker 1:1, 1. F.C. Bixenfeld — Auswahlmannschaft der Kreisliga 5:4 (Platzierungsspiel), Sportfreunde Lauffen — Ulmer Höttingen 1:3, Sp.V. Feuerbach — F.C. Juffenhauten 1:1, U. i. K. Heilbronn — U. i. K. Mannheim 1:3, F.C. Kärnten — Sparta Prag 3:1, Normania Gmünd — Sp.Vgg. Schwabberg 2:1, Stuttgarter Sportklub — Sp.Vgg. Schwabberg 1:1, Städte-GH Halle — Sp.Vgg. Hürtth 1:4.

BMW Patent Benz-Klein-Diesel. Drei große Gebiete hat der BMW Patent Benz-Klein-Diesel sich durch seine Vorzüge erschlossen: Gewerbe, Industrie, Landwirtschaft. In den Werkstätten, Sägewerken, Mühlen, landw. Betrieben braucht man eine billige, zuverlässige Antriebskraft. Die hohen Stromtarife mit der Abhängigkeit von den Werken durch Benzin und deren Preispolitik belasten die Kleinbetriebe zu sehr, als daß ein rentabler Betrieb entsprechend dem heutigen harten Konkurrenzkampf möglich ist.



Zweitakt-Dieselmotor



Viertakt-Dieselmotor

Der Klein-Diesel ist hier mit seinem billigen Betrieb, der nach jeder Bedienung und dem geringen Raumbedarf die gesamte Antriebskraft. Die Ueberlegenheit der BMW Patent Benz-Dieselmotoren zeigt sich insbesondere in der Betriebsfähigkeit, gerade die Zuverlässigkeit ist für den Landwirt oder Gewerbetreibenden von ausschlaggebender Bedeutung, denn der Motor soll ja von ungelerten Kräften bedient und instandgehalten werden. Diese unerschütterliche Zuverlässigkeit ist ein Erfolg der Benz-Vorkammer. Ein weiterer Vorteil dieses Systems besteht in der langen Lebensdauer der niedrig beanspruchten Ventiltriebsorgane und in der Unempfindlichkeit gegen wechselläufige Brennstoffe. Von Wichtigkeit ist auch, daß der Motor, wenn zeitweilig nicht voll belastet, auch entsprechend weniger verbraucht. Unser Motor wird ganz von selbst dem Tank nur 1/2 Liter Brennstoff entnehmen, als der Belastung der Anlage entspricht. Zur Bedienung des Motors sind keinerlei Vorkenntnisse notwendig. Die Arbeit beschränkt sich lediglich darauf, die Inbetriebsetzung nach Brennstoff, Schmieröl, Kühlwasser zu sehen und den Motor mit einigen Handgriffen in Betrieb zu setzen. Wir haben die Konstruktion unserer Motoren ganz besonders unter dem Gesichtspunkt entwickelt, daß der Treiber keine weitere Wartung erfordert. Der Motor ist leicht gebaut. Jedes Teil hat seine Last zu tragen, ist aber mit ausreichender Sicherheit für gelegentliche Ueberbeanspruchung bemessen. Es ist eine interessante Tatsache, daß wir trotz mehr als hundertjähriger Bau von Dieselmotoren, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unserer Motoren noch gar nicht kennen. Der Klein-Diesel wird in der Industrie vorteilhaft verwendet z. B. als Einbaumotor in Krane, Bagger, Baummaschinen, Sägen usw., denn der geringe Raumbedarf erleichtert den Einbau.

Pfingweiler, 1. August 1930. Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme während der Krankheit und beim Hinscheiden unserer lieben Mutter

Marie Wacker, Witwe, geb. Burkhardt,

danken wir herzlich. Besonders danken wir für die liebevolle Pflege im Krankenhaus Neuenbürg, dem Frauendorf für den erhabenden Grabgang, für die Kranz- und Blumen Spenden, sowie für die Beteiligung beim Gang zur letzten Ruhestätte.

Die trauernden Kinder und Angehörigen.

Schotter-Beifuhr.

Die Beifuhr von ca. 2500 cbm Schotter hat ergeben für Baustelle Gychtal

Abolf Schanz, Bauunternehmung, Wildbad, Telefon 311.



„Freundschaft“
Dienstag den 5. Aug., abends 8 1/2 Uhr, im Gasthof zum „Bären“ (Saal)
Singstunde.

Um regelmäßiges Erscheinen aller Sänger bittet
der Vorstand.

Birkenfeld.
Firma 300 Liter

Most

zu verkaufen, das Liter 20 Pfg.
Oberlehrer Hiesch.

Birkenfeld.
Ein guterhaltener, brauchter
 Sekretär
billig zu verkaufen.
Zu erfragen bei der Agentur ds. Blattes.

Neues
Sauerkraut
empfiehlt
E. Lindemann
Neuenbürg, Tel. 191.